gegen einander abgesperrten Besatzungszonen rissen die Fäden zwischen Berlin und Pommersfelden vollends ab. Damit war die Berliner Arbeitsstelle auf absehbare Zeit ganz auf sich selber gestellt.

Nun berichtet H.Scheel in seinem schon erwähnten Gutachtenentwurf von 1948 (S.10), etwa am 12.April 45, also sozusagen im letzten Augenblick sei er "in seiner Eigenschaft als Direktor bei der Akademie" vom Reichswissenschaftsministerium "durch mündliche Anordnung vertretungsweise mit der Verwaltung der Reststelle Berlin des Reichsinstituts betraut" worden. Nach Beendigung der Kampfhandlungen sei er dann in diesem seinem Amt von dem zuständigen russischen Kommandanten Berlin-Mitte bestätigt und von ihm beauftragt worden, für die Erhaltung und für den Schutz von Akademie und Institut Sorge zu tragen; schliesslich sei am 8.6.45 noch eine schriftliche Bestätigung durch die neugebildete Stadtverwaltung von Berlin erfolgt. Diese Angaben lassen sich heute nicht mehr nachprüfen, brauchen aber wohl kaum in Zweifel gezogen zu werden. Auf der andern Seite muss freilich festgestellt werden, dass Scheel zu einer "Vertretung" des Präsidenten nicht nur die fachliche Kompetenz fehlte, sondern dass auch seine frühere Zugehörigkeit zur NSDAP, sobald sie der in dieser Hinsicht sehr rigorosen Besatzungsbehörde bekannt wurde, sich sehr ungünstig auswirken musste, ebenso wie es ihm trotz aller Anstrengungen auf die Dauer nicht gelang, sich in seinem Amt als Direktor bei der Akademie zu behaupten. Übrigens gewinnt man nach dem spärlichen aus dieser Zeit vorliegenden Material nicht den Eindruck, dass er sich sehr viel um die sog. Reststelle gekümmert habe, und ich selber kann heute trotz allen Besinnens nicht mehr sagen, ob mir damals von einer solchen ihm übertragenen Funktion etwas bekannt gewesen oder auch nur später in den Berliner Jahren etwas bekannt geworden ist.

In ein neues Stadium traten die Dinge sodann ~~xxxxxx~~, im Laufe des Sommers dadurch, dass der neugebildete Magistrat von Gross-Berlin der Akademie die Betreuung aller noch am Ort befindlichen, aus öffentlichen Mitteln unterhaltenen wissenschftlichen Institute und Kommissionen übertrug. Im Rahmen dieser Aufgabe wurde an der Akademie zur Erfassung der geschichtsforschenden Kommissionen und sonstigen Einrichtungen eine Historische Kommission gebildet, die am 21.8.1945 an den Präsidenten der Akademie den Antrag x) richtete, die Akademie möge den in Berlin verbliebenen Teil des Reichsinstituts für ältere deutsche Geschichte vorläufig unter ihre Obhut nehmen. Zur Begründung war in dem von mir verfassten Schreiben (bei den Akten der MG) ausgeführt, dass die beiden in Berlin gebliebenen wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen Dr.U.Brumm und Dr. M.Kühn sowohl einer Anleitung bei den ihnen übertragenen Editionsaufgaben wie auch der materiellen Fürsorge durch Wiederaufnahme der in den letzten Monaten unmöglich gewordenen Auszahlung ihrer monatlichen Bezüge bedürften, um zu vermeiden, dass sie gezwungen würden, sich nach einer andern Beschäftigung umzusehn, und so ihre wertvollen Dienste dem Institut verloren gingen.

Anm.
x) Dass die Historiker sich an den Magistrat gewendet hätten, wie Goetz am 8.7.46 an Mayer schrieb (dessen Rundschreiben v. Juni 48 S.6), ist ein reines Missverständnis.